

Ausgeglichen mit zwei Streitpunkten

Edertaler Gemeindevertretung beschließt Haushalt 2025



Edertal – Er sei ausgeglichen, der Haushaltsplan für das Jahr 2025. Da waren sich alle Fraktionen der Edertaler Gemeindevertretung einig. „Schon vor Jahren wurden hier die Weichen für eine verlässliche Finanz- und Haushaltspolitik gestellt, die uns heute in eine vergleichsweise komfortable Position bringt“, verkündete Andreas Schaake, Vorsitzender der SPD-Fraktion. Er, wie auch die Sprecher der meisten anderen Fraktionen, dankten auch Bürgermeister Klaus Gier, der mit dem Haushaltsplan 2025 zum letzten Mal in seinem Amt als Bürgermeister einen Etat vorgelegt hatte. Dennoch, so waren

sich ebenfalls alle Fraktionen einig, sei die Lage trotz des ausgeglichenen Haushalts nicht ohne Makel.

Die Kostendeckung der kommunalen Kinderbetreuung belaste die Finanzen um rund zwei Millionen Euro. „Wir benötigen da finanzielle Unterstützung von Land und Bund“, erklärte Rainer Pfeffermann, Fraktionsvorsitzender der Grünen. Auf die Kinderbetreuung könne man nicht verzichten, und doch ließe der Staat die Kommunen in finanziellen Angelegenheiten allein. Mit verheerenden Folgen, wie Andrea Claudy von der CDU berichtete. „Überall dort, wo Straßen schlecht sind, Feuerwehren, Schulen und Kindergärten mangelhaft ausgestattet sind, lässt der Einsatz der Bürgerinnen und Bürger für die Demokratie merklich nach“, sagte sie. Der Aufgabenkatalog, den Bund und Land den Kommunen zuwies, werde immer größer, ohne dass sich dies in den Schlüsselzuweisungen abbilde, bemängelte sie.

Die beiden großen Themen, mit denen sich die Gemeindevertretung innerhalb der Kommune beschäftigte, waren – wie auch schon beim Haushalts- und Finanzausschuss – der Ausbau der Wochendstraße in Bringhausen und der Neubau des Bauhofs.

Bezüglich der Wochenendstraße hatte der Finanzausschuss als Änderung vorgeschlagen, die Mittel für den Ausbau vollständig aus dem Haushaltsplan zu streichen. Kritik an der Änderung kam. Hauptsächlich von der SPD und den freien Wählern. Die Abwassergruben, die viele der anliegenden Häuser hätten, seien kostspielig, und unzeitgemäß, erklärte Schaake. Die Straße müsste außerdem, nachdem sie durch Bauarbeiten an einer Wasserleitung beschädigt wurde, dringend instand gesetzt werden. Gier teilte die Auffassung, betonte jedoch erneut, dass die Gruben zum aktuellen Stand noch zulässig seien. „Wir können allerdings davon ausgehen, dass das nicht ewig so bleibt“, gestand er Schaake aber zu. Dr. Daniel Haase von den Freien Wählern teilte die Auffassung, dass eine Neuentscheidung der oberen Wasserbehörde jederzeit den Austausch der Gruben nötig machen könnte. Daher sei er auch gegen eine voreilige Ertüchtigung der Straße, die durch eventuell verpflichtende Kanalarbeiten wieder nichtig gemacht werden könnte.

Pfeffermann und Gier kritisierten in diesem Zusammenhang das Auftreten der Bürgerinitiative, die sich gegen den Ausbau der Wochendstraße formiert hatte. Gier habe beleidigende Briefe erhalten, bei einem habe er wegen Bedrohung Strafanzeige erstattet.

Die vom Finanzausschuss empfohlenen 900.000 Euro für den Bauhof blieben auch in der Gemeindevertretung unangetastet, jedoch äußerten mehrere Fraktionen Kritik an einem möglichen Neubau. Die Fabrikhallen, die die Kom-

mune in Anraff erworben habe, reichten zum Unterstellen der Fahrzeuge voll aus, erklärte Claudy. Sie und Haase betonten, die aktuelle Nähe des Bauhofs zur Verwaltung sei vorteilhaft. Elmar Schultze-Ueberhorst sagte, die FDP könne sich gut vorstellen, dass die für den Bauhof veranschlagten Gelder auch auf 2026 geschoben werden könnten, die 2026 vorgesehen 4 Millionen gestrichen. Ein Antrag von Pfeffermann mit dieser Änderung wurde bei 11 Für- und 16 Gegenstimmen abgelehnt.

Die Änderungen, die der Finanzausschuss vorgeschlagen hatte, wurden bei zwei Enthaltungen angenommen, der Haushalt insgesamt bekam einstimmigen Zuspruch.

JAKOB BÜCHSENSCHÜTZ